

Pressemitteilung

Das Bauernjahr 2023 als politische und wirtschaftliche Berg- und Talfahrt

2023 brachte eine enorme Dichte an agrar- und interessenspolitischen Entscheidungen.

Durchaus turbulent gestaltete sich das abgelaufene Jahr aus wirtschaftlicher und agrarpolitischer Sicht für die heimische Land- und Forstwirtschaft. In manchen Sparten hatte man mit teils stark rückläufigen Erzeugerpreisen zu kämpfen, die Preise und die Inflation blieben weiterhin hoch. Mehrere Krisen-Hilfspakete waren notwendig, um den Betrieben in einer wirtschaftlich angespannten Situation zu helfen. Für weitere Unterstützung sorgt das von Bundesminister Norbert Totschnig mit den Landesagrarreferenten geschnürte Impulspaket. „Damit gelang zu einem gewissen Grad die schon lange geforderte Inflationsanpassung bei den Ausgleichszahlungen. Positiv hervorzuheben ist, dass zahlreiche politische Vorhaben auf Landes-, Bundes- und EU- Ebene im Sinne der Bäuerinnen und Bauern mitgestaltet und viele kritische Punkte entschärft werden konnten. Diese Erfolge waren nur durch den intensiven Einsatz der bäuerlichen Ständevertretung möglich“, zieht Präsident Franz Waldenberger Bilanz.

Preisverfall bei Getreide- und Ölsaaten

So positiv sich das vorherige Jahr aus ackerbaulicher Sicht aufgrund gestiegener Preise und den wenigen Extremwetterereignissen gestaltete, umso dramatischer war die Situation im Jahr 2023. Vor allem der regelrechte Preisverfall bei vielen Getreide- und Ölsaaten führte zu einer angespannten Situation im Ackerbau. Auch die Anbau- und Produktionsbedingungen gestalteten sich vielfach schwierig, was etwa bei Mais zu unterdurchschnittlichen Erträgen führte. Im heurigen Jahr waren in Oberösterreich Schäden in der Höhe von 100 Millionen Euro durch Wetterextreme (Starkregen, Hagel, Hitze) zu verzeichnen. Global gesehen gab es jedoch Rekordernten, die Märkte sind gesättigt und das wirkt sich nachteilig auf die

Marktpreise aus. Der Biosektor war von diesen negativen Preisentwicklungen ebenso stark betroffen.

Hinsichtlich der Kulturartenverteilung konnte die Sojaanbaufläche wieder ausgebaut werden, jedoch musste auch hier ein Preisrückgang hingenommen werden. Die Zuckerrübe gewinnt in OÖ weiter an Bedeutung, das Flächenausmaß konnte um elf Prozent auf 8.128 Hektar gesteigert werden. Nicht zuletzt aufgrund der stabilen Ertragslage und der guten Preise handelt es sich hierbei um eine attraktive und zukunftssträchtige Kultur für OÖ.

Tierhaltungsbereich stabil – zukünftige Herausforderungen trüben aber die Stimmung

In Summe konnten in der Produktion tierischer Erzeugnisse das Produktionsniveau bzw. die Preise stabil gehalten werden, wenn auch Rückgänge zu verzeichnen waren. Im Rinderbereich schlägt sich die Kaufkraftabschwächung bereits auf den Konsum nieder. Auch die Rindermastplätze sind rückläufig. Daher nimmt man Diskussionen rund um das Thema Verbot der Vollspaltenhaltung mit Sorge wahr. Beim Milchkonsum war nach einem anfänglichen Rückgang eine Stabilisierung des Marktes wahrnehmbar. Besonders hier nimmt der Anteil an Eigenmarken des LEH stetig zu und erhöht den Druck auf die Herstellermarken und Molkereien.

In der Schweineproduktion kann auf ein gutes Jahr zurückgeblickt werden. Die Preise waren angemessen und wirtschaftlich kostendeckend. Allerdings schlägt sich die Inflation sogar auf den Schweinefleischkonsum nieder, was bisher eher untypisch war. In der Schweinehaltung und im speziellen in der Ferkelproduktion sieht man aber mit Sorge in die Zukunft. Umfassende Auflagen im Tier- und Umweltschutzbereich drohen den Selbstversorgungsgrad weiter zu reduzieren und wird viele Schweinehalter zur Aufgabe der Tierhaltung bewegen. Deshalb wird von der Landwirtschaftskammer ein Sonderinvestitionsprogramm zur Abdeckung der Mehrkosten gefordert.

Im Geflügelbereich ist eine leichte Entspannung eingetreten. Bestehende Betriebe konnten aufgrund rückläufiger Produktionskosten wieder einstellen und produzieren. Eine Ausnahme stellte die konventionelle Putenproduktion dar, hier gab es deutliche Rückgänge. Neueinstiege und Investitionen im Geflügelbereich sind aus wirtschaftlicher Sicht derzeit aber nicht möglich. Sorgen bereiten immer wieder auftretende Fälle der Vogelgrippe.

„Der Tierhaltungsbereich ist in den nächsten Jahren mit einer Reihe von Herausforderungen durch Umwelt- und Tierwohlaufgaben konfrontiert. Weiters gehen beim Konsum Wunsch und Wirklichkeit weiter auseinander. Tierwohl wird in den gesetzlichen Auflagen noch stärker verankert. Auswertungen zeigen jedoch die neue Realität, dass mittlerweile der Preis wieder das wichtigste Kaufkriterium darstellt und das Tierwohl beim Griff ins Regal hinten angeheftet wird. Das alles wirkt sich in Summe negativ auf die Stimmung aus und nährt Zukunftsängste“, hebt Waldenberger hervor.

Holz-Preisniveau bei gebremster Nachfrage stabilisiert

Das Jahr 2023 startete mit einem verhältnismäßig guten Preisniveau bei Rundholz mit Preisen von rund 115 Euro pro Festmeter (Fichte). Die Preise haben sich im Jahresverlauf zwischen 90 und 100 Euro pro Festmeter eingependelt. Gründe dafür waren der geringe Schadholtzanfall – auch die letzten schneedruckbedingten Schäden werden keine marktbeeinflussenden Ausmaße annehmen – sowie der Abbau der Lagerbestände von Seiten der Sägeindustrie. Das ist eine Folge aus der schwächelnden Bauindustrie. Im Herbst war aber schon wieder eine leichte Nachfragebelebung spürbar. Am Energieholzmarkt und bei Brennholz ist nach den Verwerfungen im Jahr 2022 wieder Normalität eingeleitet. „Aus Kundensicht hat sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr entspannt. Es war ausreichend Brennholz verfügbar und ‚Hamsterkäufe‘ waren heuer kein Thema“, so Waldenberger.

Bäuerliche Leistungen können nur durch Entlastungs- und Ausgleichsmaßnahmen abgesichert werden

Der Stromkostenzuschuss, die Strompreisbremse oder auch die Auszahlung der Agrardiesel-Rückerstattung reihten sich in eine Vielzahl an Hilfspaketen im Jahr 2023 ein. Zu einer weiteren nachhaltigen Entlastung kam es durch die reduzierten Einheitswerte aufgrund der Berücksichtigung des Temperatur- und Niederschlags-Index. Rund 90 Mio. Euro werden jährlich über das Impulspaket zwischen 2024 und 2027 als Inflationsausgleich bereitgestellt. So kommt es zur notwendigen Erhöhung der Mittel für das ÖPUL, die Bergbauern-Ausgleichszulage und in der Investitionsförderung. Mit dem Einstieg in die neue GAP wurden auch die Direkt- und Ausgleichszahlungen gesamthaft um 74 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr angehoben. Weiters werden im Rahmen des Waldfonds vom Bund in den Jahren 2024 und 2025 je 50 Millionen Euro zusätzlich für die Forstwirtschaft zur Verfügung gestellt.

„Mit den geschnürten Hilfspaketen und den dynamisierten Ausgleichszahlungen wird der wirtschaftlich angespannten Situation auf den bäuerlichen Betrieben Rechnung getragen. War das Jahr 2022 noch geprägt von Einkommenszuwächsen, so ist bereits jetzt für 2023 mit einem deutlichen Rückgang des landwirtschaftlichen Faktoreinkommens zu rechnen. Ohne die entsprechende Unterstützung können die bäuerlichen Leistungen nicht aufrechterhalten werden, da sie vielfach strukturbedingt und aufgrund teils noch strengerer Umwelt- und Tierhaltungsstandards mit Wettbewerbsnachteilen gegenüber anderen EU-Mitgliedsstaaten zu kämpfen haben“, so Waldenberger.

LK-Einsatz für praxisorientierte gesetzliche Regelungen

Auf Bundesebene konnten insbesondere ein neues Tierarzneimittelgesetz sowie eine Novelle des Forstgesetzes praxisnah ausgestaltet und als erste Etappe die verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung fixiert werden. Auf Landesebene gelang es mit anstehenden Novellierungen des Jagdgesetzes und des Straßengesetzes die Rechte von Grundeigentümern zu sichern sowie mit dem Erlass einer OÖ Wolfsverordnung die Alm- und Weidewirtschaft zu schützen. „Die Entscheidungen zeigen die Unverzichtbarkeit einer engagierten bäuerlichen Standesvertretung. Ohne den intensiven Einsatz der

Funktionärinnen und Funktionäre sowie der Landwirtschaftskammer als die gesetzliche Interessensvertretung wären viele Vorhaben nicht so positiv abgeschlossen worden“, betont Präsident Waldenberger.

Überzogene EU-Vorhaben konnten wirksam entschärft werden

Durch den intensiven interessenspolitischen Einsatz auf EU-Ebene konnten zentrale Vorhaben im Rahmen des Green Deal, wie die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, die EU-Industrieemissionsrichtlinie oder RED III zur Biomassennutzung weitgehend entschärft, die Verordnung zur nachhaltigen Pflanzenschutzmittelanwendung zumindest vorübergehend abgewehrt und eine Verlängerung der Zulassung des Pflanzenschutzmittelwirkstoffes Glyphosat bis 2033 erreicht werden. „Wären alle Verordnungen und Richtlinien wie ursprünglich geplant umgesetzt worden, dann hätte sich das massiv nachteilig auf die gesamte Land- und Forstwirtschaft niedergeschlagen. Ein erheblicher Rückgang der Produktionsmenge und der dafür verfügbaren Flächen wäre die Folge gewesen. Die dadurch entstehenden Versorgungslücken hätten durch Importe aus Drittstaaten mit wenigen bis gar keinen Umweltstandards ausgeglichen werden müssen. Die Verhandlungsergebnisse zeigen ausdrücklich, wie wichtig eine starke Vertretung der bäuerlichen Interessen bis auf EU-Ebene ist. Wir sind froh, dass in den Institutionen der EU ein teilweises Umdenken stattgefunden hat und wieder vermehrt wissenschaftliche Erkenntnisse und wirtschaftliche Folgenabschätzungen in Entscheidungsprozesse einfließen, so Präsident Waldenberger.

Anerkennung für die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern

„Große Sorge bereitet der bereits absehbare Einkommensrückgang im Jahr 2023, während alle anderen Sparten mit deutlichen Lohnerhöhungen und Einkommenssteigerungen rechnen können. Daher wäre es unfair die Preisdebatte bei Lebensmitteln weiter fortzuführen. Die Bäuerinnen und Bauern benötigen viel mehr die weitere politische und wirtschaftliche Unterstützung, um wirtschaftliche Wettbewerbsnachteile ausgleichen zu können. Ansonsten drohen weitere Betriebsaufgaben. Eine funktionierende Land- und Forstwirtschaft und damit die Sicherstellung der ausreichenden Produktion im Land sollte schließlich im Sinne aller sein“, so Präsident Waldenberger.



„Das Agrarjahr 2023 gestaltete sich aus wirtschaftlicher und politischer Sicht turbulent. In manchen Sparten hatten wir mit stark rückläufigen Erzeugerpreisen zu kämpfen. Die wirtschaftliche Lage blieb insgesamt angespannt. Hilfspakete und Inflationsanpassungen bei Ausgleichszahlungen waren daher die notwendige Konsequenz. Positiv war, dass zahlreiche politische Vorhaben auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene im Sinne der Bäuerinnen und Bauern mitgestaltet und viele kritische Punkte entschärft werden konnten“, fasst LK-Präsident Franz Waldenberger das Jahr zusammen.

Bildnachweis: LK OÖ; Abdruck honorarfrei

Kontakt: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann
Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at